**Kaiserliches Deutschland, Wilhelm II. (M.):** „Immer das Heft in der Hand"

# „Mein Führer, Sie leben, Sie leben"

SPIEGEL-Redakteur Wolfgang Malanowski über den 20. Juli 1944 (III): Das andere Deutschland

Das „andere Deutschland" sollte großdeutsch bleiben, von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, und wieder richtig deutsch werden, monarchistisch.

„Aus kalter Vernunft" wollten die Männer vom 20. Juli um Carl Goerdeler den Kaiser wiederhaben. Nicht den alten, Wilhelm II., der seit 1918 in Doorn, seinem holländischen Asyl, darbte (und dort im Juni 1941 starb). Aber warum nicht einen leibhaftigen Kaiser-Sohn oder Kaiser-Enkel?

Etwa Prinz Oskar – „wegen seiner unangreifbaren, tadellosen Persönlichkeit". Oder Kaiser-Enkel Prinz Wilhelm, der bereit war, „in die Bresche zu springen und alle Gefahren in Kauf zu nehmen" (er fiel im Mai 1940). Oder Kaiser-Enkel Prinz Louis Ferdinand, dessen „Weltaufgeschlossenheit, Lebensnähe, vielseitige Begabung und Bildung" Goerdeler besonders schätzte.

Die „Lebensnähe" des Hohenzollern-Sproß, der vorübergehend sogar bei Ford in Amerika malocht und dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt seine Aufwartung gemacht hatte, erregte andererseits auch Anstoß: „Ob ihm bei den tausend Abenteuern seiner Weltreisen die sichere Würde erhalten geblieben war, die nun einmal zum Wesen der Monarchie gehört, darüber bestanden gewisse Zweifel" (Historiker Gerhard Ritter).

Wer auch immer – der neue „Reichsführer" sollte, wenn möglich, ein richtiger Kaiser sein, ein *Erb*-Kaiser, notfalls ein *Wahl*-Kaiser oder wenigstens ein „auf Zeit gewählter Führer". Das deutsche Volk trage nun einmal „vielleicht den stärksten Soldatentrieb" in sich, und deshalb brauche das Reich eine Staatsspitze, „die aus einer überlegenen Tradition heraus und aus einer nie abreißenden Verantwortung vor der Zukunft die Spannungen und Gefahren . . . auszugleichen und zu vermeiden weiß".

Die erbliche Monarchie sei „mit den geringsten Fehlerquellen behaftet". (Wie die Geschichte lehrt?) Der Erbkaiser – „Oberster Befehlshaber der Armee" – „Träger der öffentlichen Gewalt gegenüber den Beamten" – sei nicht der Gefahr ausgesetzt, „nach Stimmen und Unterstützung Ausschau zu halten". Er soll – „immer das Heft in der Hand" – nur eingreifen, wenn Kanzler, Reichsregierung und Parlament „sich auf dem Holzwege befinden".

Ein Wahl-Kaiser hingegen könnte sehr wohl demokratischen Lastern erliegen – „vor der Wahl und während der Regierung". Womöglich machte er gar „seinen Wählern Verheißungen und Versprechungen".

Verschwörer Johannes Popitz forderte, man „müsse sofort die Monarchie aufrichten, als festes Zentrum". Auf die „Stimmungen im Volke", das vielleicht genug vom Kaiser hatte, sollte „nicht zu sehr" Rücksicht genommen werden. Auch Ex-Botschafter Ulrich von Hassell fand, „eine Monarchie ist sehr wünschenswert", sei aber doch wohl „erst ein Problem des zweiten Aktes".

Im ersten Akt sollte aus Deutschland ein Hitler-Staat ohne Hitler werden, das ergibt sich aus einem Verfassungsentwurf, den Hassell nach Beratungen mit

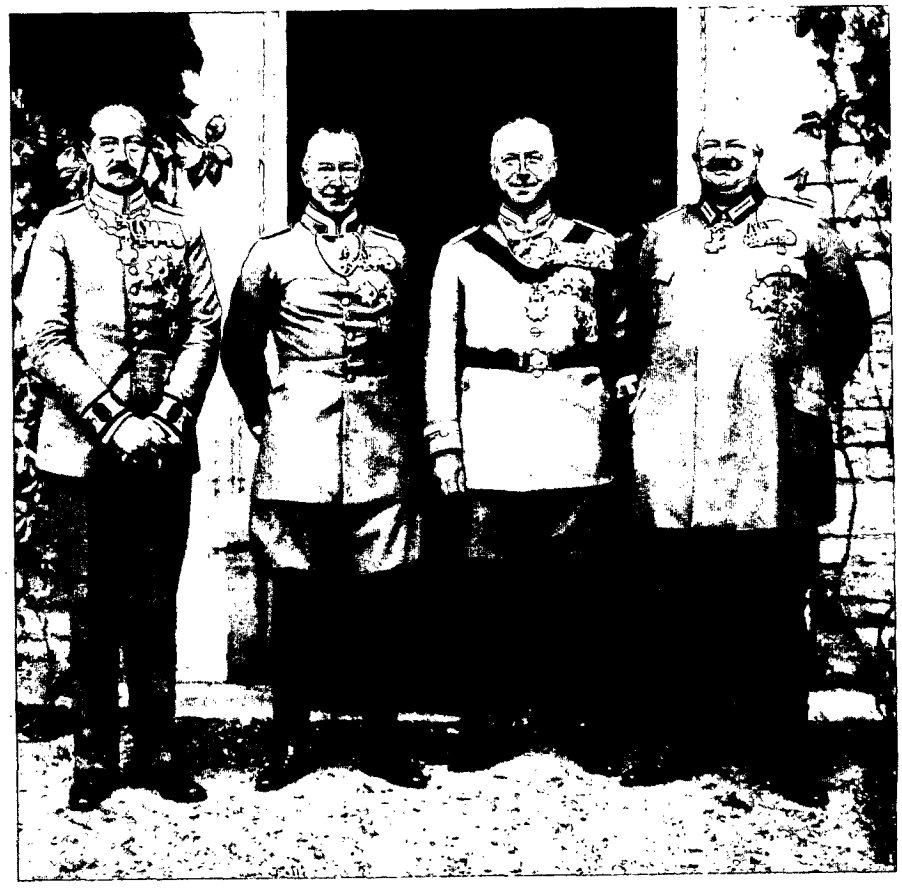
Goerdeler, Popitz und Ludwig Beck im Januar/Februar 1940 vorgelegt hatte: eine mächtige Regierung und ein unmündiges Volk. Von direkten Wahlen, Gewaltenteilung, Kontrolle der Regierung, Opposition war nicht die Rede.

Die höchste Gewalt liegt „bis es möglich sein wird, ein normales Verfassungsleben wieder aufzubauen", hieß es wohl eher salvatorisch, in den Händen „einer Regentschaft", einem unumschränkt herrschenden „Reichsverweser" – der den Reichskanzler beruft und entläßt, die Reichsbeamten und Offiziere ernennt –, und zwei weiteren Mitgliedern.

„Um das Leben des deutschen Volkes . . . in neue, gesundere Bahnen überzuleiten", soll die NSDAP „in allen ihren Gliederungen aufgelöst" werden und doch nicht ganz verschwinden. Generaloberst Beck, präsumptiver Reichsverweser, sprach sich dafür aus, „erhebliche Teile des vom nationalsozialistischen Staat Geschaffenen in den Staatsumbau herüberzunehmen und auf die Dauer zu sichern".

Die sozialen Einrichtungen „Nationalsozialistische Volkswohlfahrt" (NSV), von den Nazis keinesfalls nur aus Gnade und Barmherzigkeit ins Leben gerufen, und das „Winterhilfswerk" sollen möglicherweise erhalten bleiben; der „Reichsarbeitsdienst" (RAD), seit 1938 eine paramilitärische Truppe, wird „umgestellt"; die „Deutsche Arbeitsfront" (DAF), die 1933 die freien Gewerkschaften zerschlug, neu aufgebaut. Die alten, demokratischen Arbeitnehmerorganisation bleiben verboten. Sogar die SA, Hitlers „Sturmabteilung" aus der „Kampfzeit", soll eventuell „in andere Einrichtungen umgewandelt werden".

Die Presse ist, nach dem Krieg, frei – „im Rahmen der Staatssicherheit", ebenso frei sind Wissenschaft und Lehre: „Der Schutz von Staat und Volk gegen Ausschreitungen des Schrifttums" wird „durch die Gesetzgebung sichergestellt".



**Kaiser-Söhne 1938*:** „Aus kalter Vernunft"

Für das „politische Leben des Reiches" wird vage eine „Mitarbeit des Volkes" in Aussicht gestellt; der Souverän wird es nicht sein. Eine „Kontrolle des Staatslebens" sei durch „örtliche und körperschaftliche Selbstverwaltung sicherzustellen".

Ein Gesetzentwurf über die „Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Staats- und Rechtsleben" ergänzte das Hassell-Programm naht- und fugenlos. Er war, wie selbst Ritter urteilt, „absolutistisch".

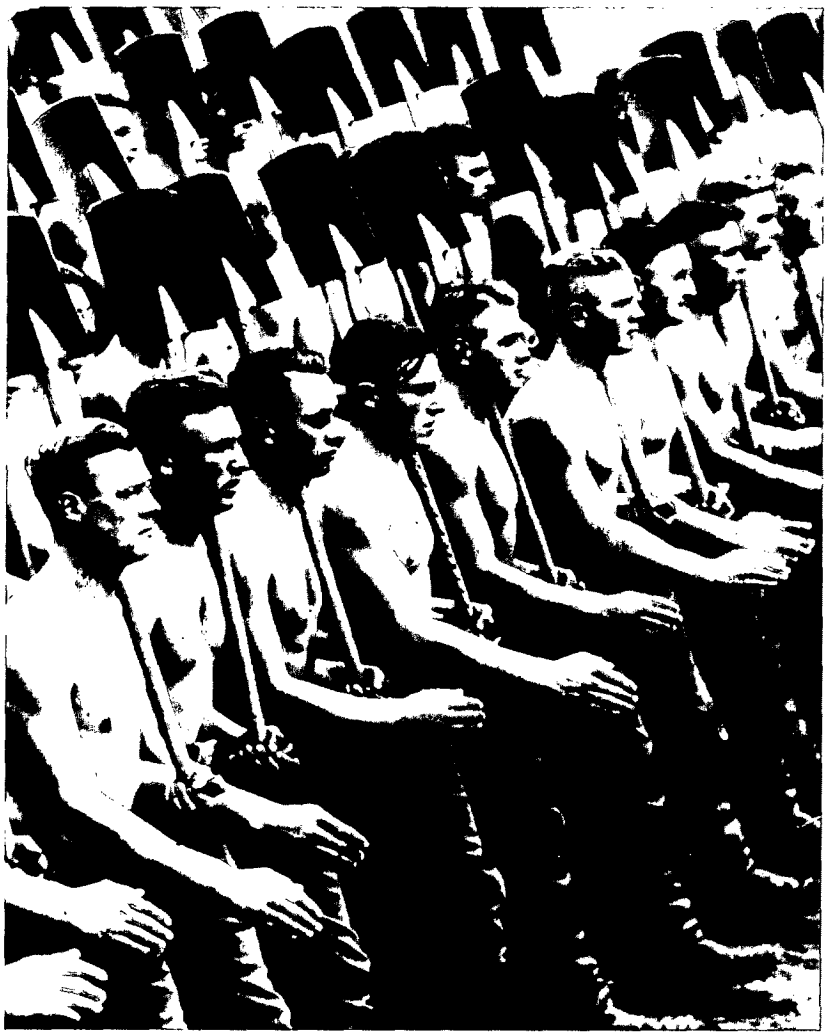
Was Wunder. Verfasser war der Jurist Popitz, rechter Flügelmann der Widerstandsbewegung, preußischer Finanzminister, auf gutem Fuß mit seinem Chef, dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring, den er zeitweise gern für eine Regierung des anderen Deutschland gewonnen hätte.

Popitz hatte die Weimarer Republik verachtet und bekämpft. Parteienstaat und -zank, der ganze Pluralismus waren ihm zuwider. Vom siegreichen Nationalsozialismus erhoffte er sich die „Überwindung der pluralistischen, materiell interessengebundenen Kräfte"; er setzte auf eine „mit dem Volke verbundene und ihm dienende Herrenschicht". Einen „Vollstaat" wollte er, der „alle Wesenselemente des staatlichen Lebens fest in der Hand hält".

Bis ins einzelne, nicht ganz so absolutistisch, aber aus bester vordemokratischer Gesinnung, ordnete der federführende Goerdeler im Einvernehmen mit Beck und ohne erkennbaren Widerspruch seiner Gruppe das Innenleben des neuen Staates. In der Denkschrift

**Kaiser-Enkel Louis Ferdinand, US-Präsident Roosevelt 1932*:** Zweifel an der Würde

* Oben: August Wilhelm, Wilhelm, Oskar, Eitel Friedrich bei der Hochzeit des Prinzen Louis Ferdinand; unten: mit Roosevelt-Sohn Franklin, Prinz Friedrich.



**Reichsarbeitsdienst:** An die Spitze tritt ein General

„Das Ziel" vom Sommer/Herbst 1941 wird der deutsche Geist des neuen Staates beschworen, seine straffe Organisation festgelegt und die Verfassung konzipiert – nach dem Führerprinzip.

Gelegentlich kam bei dem einen oder anderen Unbehagen auf gegen zu viel Reaktion und Restauration. Aber es betraf nicht die grundsätzliche Abwehrhaltung gegen die parlamentarische Demokratie, die alle Verschwörer verband, auch, mit gewissen Abstrichen, die Sozialdemokraten und Gewerkschafter unter ihnen.

Der „deutsche Weg", zwischen Westlichem – Kapitalismus, Massendemokratie, Individualismus – und Östlichem – Kommunismus, Klassendiktatur, Kollektivismus – sollte das geschundene Vaterland in der angeblich stets gefährdeten Mitte des Kontinents zu neuen Höhen führen und in eine harmonische Gemeinschaft, in der die dämonischen Kräfte der Industriegesellschaft gezähmt würden.

Unter dem „Reichsführer", ob nun monarchistisch oder, für zwölf Jahre gewählt, nicht vom feinsten Adel, amtieren Reichskanzler und Reichsregierung, ein Reichstag und ein „Reichsständehaus".

Die 300 Reichstagsabgeordneten werden jedoch nur zur Hälfte „unmittelbar und direkt" nach der relativen Stimmenmehrheit gewählt. Die andere Hälfte bestimmen die „Gautage" (Landtage).

Die Kandidaten müssen mindestens 35 Jahre alt und wenigstens vier Jahre Gau-, Kreis-, oder Gemeindeverordnete gewesen sein. Auf diese Weise wollte Goerdeler den „entfesselten überdemokratischen Parlamentarismus" zügeln. Die „Herrschaft der Berufsparlamentarier", urteilt Historiker Hans Mommsen, sollte gebrochen, die „in der örtlichen ‚Gemeinschaft' verwurzelte Persönlichkeit an die Stelle des ‚Funktionärs' und Demagogen" gesetzt werden.

Das Reichsständehaus war demgegenüber völlig frei von demokratischen Relikten. In diesem Gremium saßen qua Amt die Präsidenten der Reichskammern (Unternehmer, Arbeitnehmer, Ärzte, Anwälte, Künstler und andere), eine Anzahl von Universitätsrektoren und bis zu 30 Würdenträger, die der Reichsführer auf Lebenszeit beruft. Obgleich diese Honoratioren keinerlei demokratische Legitimation besaßen, übten sie gleichwohl ein demokratisches Grundrecht aus: Nur mit ihrer Zustimmung konnte der Reichstag Reichsgesetze verabschieden.

Im Grunde waren Reichstag und Reichsständehaus, jedenfalls nach dem Verfassungstext, nur Scheinparlamente, denn: „Der Reichsführer kann beide Häuser jederzeit auflösen mit der Maßgabe, daß die Neuwahlen innerhalb von sechs Monaten stattfinden."

Goerdeler umschrieb die Macht und Herrlichkeit seines „Reichsführers", auch „Staatsführer" oder „Generalstatthalter" genannt, unverblümt:

> Der Staatsführer hat es also in der Hand, durch Wechsel der Minister oder Wechsel des Kanzlers oder durch beide, oder durch erneuten Appell an die beiden Häuser, oder durch Neuwahlen, oder durch Kombination aller dieser Mittel, für wesentliche Änderungen in der Politik, die er für notwendig hält; eine genügende, im allgemeinen rechtzeitige Vorsorge zu treffen. Für äußerste Fälle eines Staatsnotstandes, für dessen Erklärung der Staatsführer allein die Verantwortung vor Gegenwart und Geschichte zu übernehmen hat, steht ihm ein alleiniges Verordnungsrecht zu. Es bleibt dann seinem Verantwortungsbewußtsein und seinem Können überlassen, die Dinge zu gegebener Zeit wieder in die rechten Gleise zu bringen.

In den Gemeinden soll schon innerhalb von drei Monaten nach der Demobilisierung gewählt werden. Man dürfe „keine Angst" davor haben, beruhigt Goerdeler: „Wir sind mit Schlimmerem fertiggeworden."

Die Wahlberechtigten müssen mindestens 24, die Kandidaten mindestens 28 Jahre alt sein. Familienvätern wird doppeltes Stimmrecht eingeräumt, wenn sie mindestens drei Kinder haben.

Die Hälfte der Gemeindeverordneten wird in kleinen Bezirken gewählt, ein Viertel von den Wählern der ganzen Gemeinde, ein weiteres Viertel überhaupt nicht, sondern von den Wirtschaftskammern bestellt. In den Wahlkreisen dürfen aber nur jeweils vier Kandidaten aufgestellt werden – je zwei von nicht näher definierten „politischen Bewegungen", je einer von den Wirtschaftsgruppen und den Gewerkschaften.

„Nur unten in der Gemeinde", heißt es im „Ziel", „wo also eine gewisse Gewähr dafür besteht, daß man weder einen Lumpen noch einen Phantasten wählt, wird unmittelbar gewählt."

Die Gemeindeverordneten bestimmen sodann die Hälfte der Kreisverordneten. Ein Viertel wird auf Kreisebene gewählt, ein Viertel stellen wiederum die Wirtschaftskammern. Nach gleichem Schema werden auch die Abgeordneten der Länder, die nun Gaue heißen, gekürt.

Zu sagen, gar zu entscheiden, haben die sogenannten Volksvertretungen allesamt nicht viel. In den größeren Gemeinden mit mehr als zwölf Verordneten, in den Kreisen und Gauen, werden Ausschüsse gebildet, die den Bürgermeister, den Landrat, den Gauhauptmann *bera-*

**Winterhilfswerk 1937:** „Erhebliche Teile des vom NS-Staat Geschaffenen . . .

*ten;* sie tagen alle zwei bis vier Wochen, meistens nicht öffentlich.

Die Gesamtheit der Gemeindeverordneten tritt nur einmal im Vierteljahr, die der Kreise nur jedes halbe Jahr und die der Gaue überhaupt nur einmal im Jahr zusammen. Obendrein sind Bürgermeister, Landrat und Gauhauptmann keineswegs „in allen Angelegenheiten an die Beschlüsse der Verordneten gebunden"; Ausnahme: Steuersachen.

Das ist Goerdelers „Reichsaufbau von unten nach oben"; die „Reichsgeschäfte" würden, wie er es ausdrückt, „wohltätig nach unten verlagert".

Was ist da eigentlich aus der Selbstverwaltung geworden, die der Oberbürgermeister a. D., unter Berufung auf den preußischen Reformer Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein, aber auch auf die alten Germanen, ständig als Grundidee seines Staatsaufbaus herausstellte (und die auch Historiker preisen)?

Zumal: Das Reich übt in Gemeinden, Kreisen und Gauen „die Aufsicht" aus; „untragbare" Stadträte und Bürgermeister können abgelöst und durch Kommissare ersetzt werden.

Oberpräsidenten, „gut ausgesucht", nehmen die Reichsaufsicht über die Gaue wahr. „Dieses System entspricht", lobt Goerdeler, „dem in der deutschen Armee üblichen". Schließlich hatte er sich schon 1932 über die „dauernde Beunruhigung der Reichspolitik durch die Landesparlamente" beschwert.

Der zuweilen väterlich-naive Goerdeler sagte es denn auch rundheraus: „Ein wirklich gesunder Staat braucht diese Selbstverwaltung und wird mit ihr spielend auf der Grundlage richtiger Gesetze fertig. Durch Aufsicht sorgt er dafür, daß sie ihm nicht über den Kopf wächst."

Tatsächlich ist hier ein Ständestaat konzipiert, der, autoritärer als das Bismarck-Reich, nicht nur den „überdemokratischen Parlamentarismus" der Weimarer Republik korrigiert (wie etwa im Bonner Grundgesetz geschehen), sondern mit Demokratie und Parlamentarismus gründlich aufräumt. „Das angestrebte System ist demnach", urteilte Mommsen, „eine durch rechtsstaatliche Zusicherungen versüßte Diktatur, ist der ‚völkische Führerstaat'."

Staat überall.

„Alle Beschränkungen der Freiheit des Geistes, des Gewissens und der Forschung werden sofort aufgehoben", verheißt das „Ziel". Künstler und Literaten dürfen also wieder sagen, schreiben, malen oder komponieren, was sie wollen? Der Staat verbietet „nur das Gemeine".

Presse und Schrifttum müssen sich dem „Ethos der Freiheit" unterwerfen (Wer das wohl definiert?). Hochschulen dürfen sich selbst verwalten – „unter Aufsicht des Reiches", Studenten ebenfalls, deren Satzungen bedürfen aber „der Genehmigung des Staates".

Kirche und Staat werden getrennt, die Kirchen erhalten „volle Selbstverwaltung". Nur: Der Staat bestätigt die „Oberen der Kirche": „Dabei kann er so starke Anforderungen an nationale Zuverlässigkeit, an Charakter und Haltung stellen, wie er will."

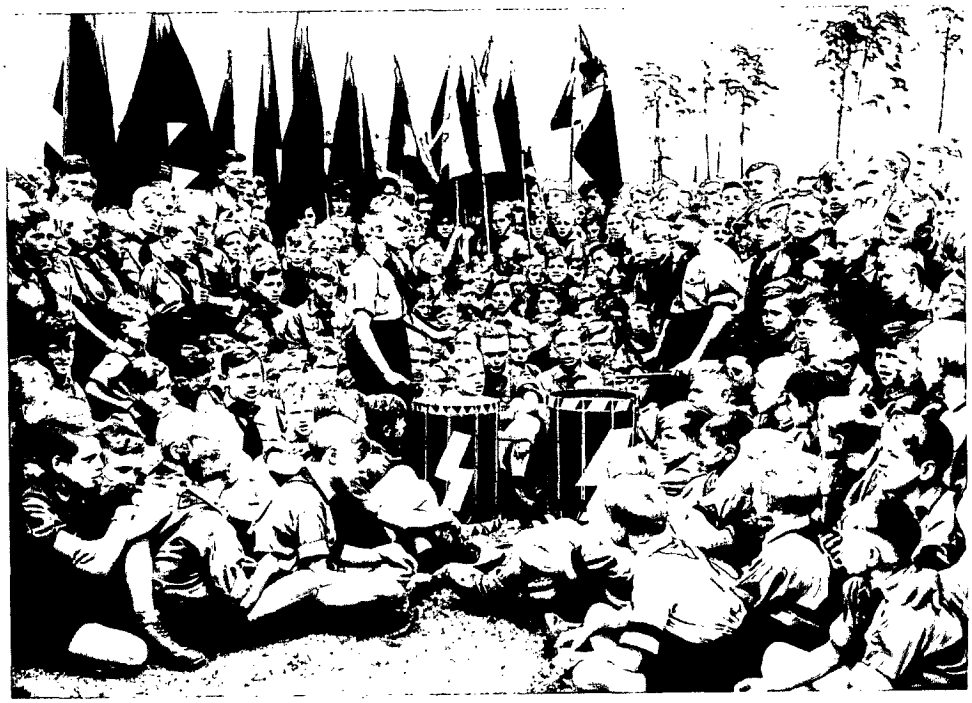
Die „Gruppenorganisationen" der Wirtschaft bleiben bestehen; sie werden ergänzt durch Vereinigungen der Arbeiter und Angestellten, „mit Zwangsmitgliedschaft".

Die Tarifpartner handeln Löhne und Gehälter aus – durchweg Akkordlöhne. „Der Staat hat durch Gesetze nur festzulegen, daß die Löhne Leistungslöhne sein müssen und nicht reine Zeitlöhne sein dürfen."

Streiks und Aussperrungen – „ein Mißbrauch individueller Freiheit" – sind verboten. „An ihre Stelle tritt letztlich die ausgleichende Entscheidung des Staates."

Für das Alter, gegen Krankheit und sonstige Unbill soll sich der Arbeitnehmer auch selbst schützen: „Dann wird der Tüchtige und Fleißige sich entweder für alle Fälle etwas sparen oder noch Zusatzversicherungen nehmen. Der Lässige, Faule oder Leichtsinnige läßt es darauf ankommen. Auch gut."

Arbeitslosigkeit soll von den Wirtschaftsgruppen, gemeint sind in erster



. . . in den Staatsumbau herübernehmen": **Deutsches Jungvolk 1934**

Linie die Arbeitnehmerorganisationen, „aufgefangen werden". Kommt es schlimm, soll der Staat 40 Prozent zuschießen, die Versicherten selbst den großen Rest tragen. „Für Arbeitslosigkeit größeren Umfanges und längerer Dauer sind die Hilfsmittel der Volksgemeinschaft einzusetzen."

Ein solcher Staat braucht (was Historiker, die sich mit der Goerdeler-Denkschrift befassen, gern übersehen) auch eine „Staatsjugend", um „schon im jugendlichen Menschen das klassengelöste Gefühl der Volksgemeinschaft stark werden zu lassen". An die Spitze tritt, ausgerechnet, ein General:

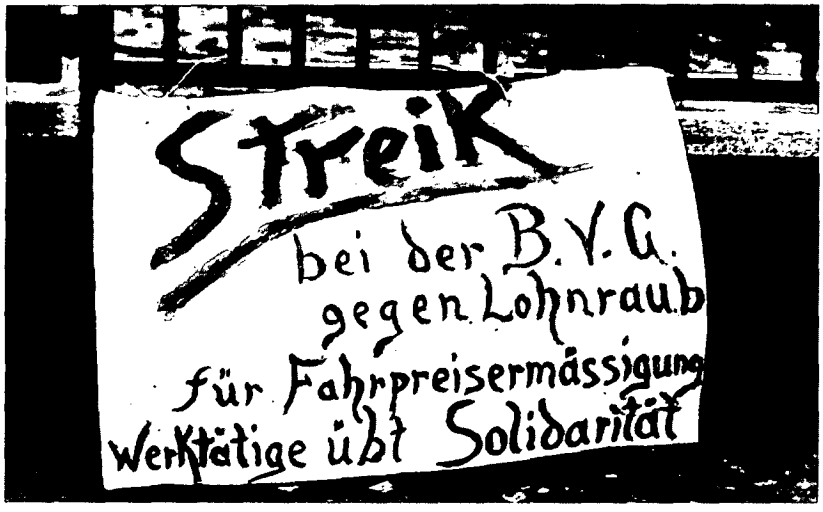
> In der Klasse ist der Turn- und Sportlehrer der gegebene Jugendführer. Für die Schule ist ein dazu besonders geeigneter Lehrer, der Soldat gewesen ist, mit dieser Aufgabe zu betrauen. Die Gleichaltrigen sind auch bezirklich zusammenzufassen. Zur Führung sind Offiziere berufen, die besondere pädagogische Begabung haben und für diesen Zweck besonders geschult werden. Die Jugend ist zuerst und dauernd zum Gehorsam gegen die Eltern zu erziehen, ihren Schulpflichten nie zu entziehen und zur Wahrhaftigkeit, Kameradschaft und Tüchtigkeit anzuhalten . . . Die nationalpolitische Erziehung ist Aufgabe der Eltern, der Schule, der politischen Vereinigungen namentlich auf den Universitäten, und vor allem der Wehrmacht.

Der „Reichsarbeitsdienst" bleibt erhalten, jedenfalls einstweilen. Chef wird ebenfalls ein General. Er „prüft alle Führer daraufhin, ob sie die geeigneten sittlichen und charakterlichen Voraussetzungen für eine so ernste Aufgabe erfüllen".

Die NSDAP verliert zwar „sofort die Eigenschaft als Hoheitsträger und Körperschaft des öffentlichen Rechts", bleibt aber „im übrigen . . . bestehen". Denn, so Goerdeler ungewöhnlich nachsichtig: „Die Meinungen müssen und werden sich bald von selbst klären."

Und die Juden? Goerdeler wollte „eine Neuordnung der Stellung der Juden", die, wie er meinte, „in der ganzen Welt erforderlich" sei, laut Ritter „auf eine recht originelle Weise" lösen.

„Die Judenverfolgung", proklamierte Goerdeler, „die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wiedergutzumachenden Formen vollzogen hat, ist sofort eingestellt." Aber nicht etwa durch sofortigen und bedingungslosen Widerruf jeglicher gesetzlicher Diskriminierung und Sonderbehandlung, was angesichts der satanischen NS-„Ausrottungs"-Praxis ein Gebot der ersten Stunde gewesen wäre.




**Berliner Streik-Plakat 1932:** „Mißbrauch individueller Freiheit"

Die Juden sollten abgeschoben werden – nach Kanada oder Südamerika (Hitler hatte vorübergehend an Madagaskar gedacht), denn: „Zur Ruhe wird die Welt aber doch nur kommen, wenn das jüdische Volk eine wirklich ausnützbare Möglichkeit erhält, einen eigenen Staat zu gründen." Juden, die im Lande bleiben, werden unter Ausländerrecht gestellt, dürfen weder Beamte noch Parlamentarier werden. Die Nürnberger Rassegesetze erledigten sich dann von selbst: „Die Frage der Rassenvermischung muß stets dem gesunden Sinn des Volks überlassen bleiben."

Deutsche Staatsbürger sollen nur solche Juden sein,

- „die als deutsche Soldaten am Kriege teilgenommen haben und ihre direkten Abkommen";
- „die oder deren direkte Vorfahren am 1.7.1871 deutsche Reichsangehörigkeit besaßen und ihre direkten Nachkommen";
- „die am 1.8.1914 die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und christlichen Religionsgemeinschaften angehörten und noch angehören sowie ihre direkten Nachkommen";
- „Abkömmlinge einer Mischehe, die vor dem 1.2.1933 geschlossen ist, sofern sie einer christlichen Religionsgemeinschaft angehören".

„Überblickt man das Ganze dieser Zukunftspläne für Deutschland, so erscheinen sie zwar als Versuch, an die geschichtliche Tradition anzuknüpfen, aber keineswegs in der Form der Restauration, sondern echter Erneuerung und Fortbildung", faßt der nationalkonservative Historiker Gerhard Ritter, dessen Goerdeler-Biographie immer noch zu den Standardwerken über den Widerstand zählt, zusammen.

Demgegenüber urteilt der liberale Historiker Hans Mommsen über das politische Weltbild des Widerstandes: „Es beruhte auf der Ablehnung der plebiszitären und egalitären Tendenzen der modernen Gesellschaft und auf dem Versuch, den Pluralismus politischer Interes-

**Juden-Deportation 1942:** Abschiebung nach Kanada?

sen und sozialer Kräfte in einer organischen Gemeinschaftsordnung abzufangen. Mit der Vorstellung einer ‚konfliktfreien' Gesellschaft berührte sich dieses Denken mit der nationalsozialistischen Volksgemeinschaftsideologie."

Anfänglich marschierten Männer wie Goerdeler, bis 1935 Hitlers Reichskommissar für Preisüberwachung, Beck, Stauffenberg, Hassell, Popitz und Fritz-Dietlof Graf von den Schulenburg im Geiste, einige auch in den Reihen der Nationalsozialisten mit. Die Bewegung hatte all die gängigen Versatzstücke deutschen Volksempfindens aufgelesen und im Köcher geführt, die auch in den Köpfen vieler Verschwörer rumorten und nie ganz daraus verschwanden.

Allmählich entdeckten sie dann, wie Goerdeler, „dunkle Flecken in einer in sich geschlossenen Weltanschauung". Doch „ihre innerliche Abwendung vom nationalsozialistischen System war zunächst weniger eine Frage politischer Gesinnung als vielmehr eine Frage des persönlichen Stils" (Mommsen). Und der totale Bruch mit dem NS-Regime ging nicht einher mit einer ebenso entschiedenen Absage an NS-Gedankengut.

Berthold Graf von Stauffenberg sprach ganz gewiß nicht nur für sich und seinen Bruder Claus, als er bei einer Gestapo-Vernehmung zurückblickte:

> Auf innenpolitischem Gebiet hatten wir die Grundideen des Nationalsozialismus zum größten Teil bejaht: Der Gedanke des Führertums, der selbstverantwortlichen und sachverständigen Führung, verbunden mit dem einer gesunden Rangordnung und dem der Volksgemeinschaft, der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" und der Kampf gegen die Korruption, die Betonung des Bäuerlichen und der Kampf gegen den Geist der Großstädte, der Rassegedanke und der Wille zu einer neuen deutschbestimmten Rechtsordnung erschienen uns gesund und zukunftsträchtig.

Und selbst Rechtsaußen Popitz stand mit seiner Weltanschauung nicht allein:

> Ich bejahe in jeder Weise den nationalsozialistischen Staat und sehe in ihm die geschichtliche Notwendigkeit gegenüber dem Internationalismus und der Verjudung der Systemzeit und gegenüber den unerträglichen Krisen der parlamentarischen Parteien, das deutsche Volk in seinen gesamten nationalen Grenzen zu einen und es so zu regieren, wie es nach seiner geographischen Lage allein regiert werden kann.

Der „radikale Umschlag von der egalitären Massendemokratie in die Diktatur" (Ritter) hatten Demokratie und Parlamentarismus, für die sich jene in wilhelminischer Tradition aufgewachsene Frontgeneration ohnehin nie so recht erwärmen konnte, endgültig zu politischen Schreckgespenstern gemacht.

Doch wer war schuld am „radikalen Umschlag"? Die Demokraten oder die Antidemokraten? Die Massen oder die Eliten?

Der Dualismus von Staat und Gesellschaft mitsamt seiner leidigen pluralistischen Konfliktaustragung war denen suspekt, die sich eine friedvolle Gemeinschaft, eine, so Goerdeler, „echte, klare Volksgemeinschaft" herbeiwünschten (die Hitler doch versprochen hatte), eine breite „Volksbewegung" gar – die zunächst, so Goerdeler, allerdings von der Reichsregierung zu führen sei.

Das Parteiensystem, das in der Weimarer Republik ganz sicher in eine tödliche Krise geraten war, setzten sie pauschal gleich mit Korruption und Kollektivismus, Bonzen und Demagogen. Da war nichts zu retten, da half nur noch die „diktatorische Durchsetzung der Vernunft"; Goerdeler: „Wir brauchen den beruhigenden Ballast einer von Wahlen unabhängigen Staatsspitze." Schon 1932 hatte er ein „Ermächtigungsgesetz" gefordert, das die bürgerlichen Parteien Hitler 1933 genehmigten.

**Stauffenberg-Bruder Berthold***
„Grundideen des Nationalsozialismus bejaht"

Stauffenberg fragte sich, „ob und wie es möglich sei, eine Volksvertretung in Deutschland vielleicht auf ganz andere Weise als durch politische Parteien bisheriger Art zu begründen, etwa aus den politischen Realitäten von Gemeinden, Berufsgruppen und Interessengemeinschaften, die dann im Parlament öffentlich für sich selbst einstünden und nicht durch Behandlung von Parteien mit Eigeninteressen oder durch Handel mit solchen Parteien ihre Ziele umwegig verfolgen".

Die durch die industrielle Revolution freigesetzte und politisierte Masse erschien den Männern vom Widerstand schlechthin als Bedrohung für Staat und Moral, die „Entmassung der Masse" also vorrangig. Die Zivilisationskritik der zwanziger Jahre, von der Hitler gehörig profitiert hatte, teilten sie voll und ganz.

Schluß mit der angeblich rein materialistischen Lebensgestaltung, zurück zur Natur, aufs Land, der „bedeutendsten Kraftquelle des Volkes" (Popitz). Und der Bauer, so Goerdeler, auf seiner Scholle Garant der „Gesunderhaltung der deutschen Nation": „Dauernder Aufenthalt in der Großstadt ruiniert die Familie."

Volkstümliche Rückstände fanden sich auch bei den Widerständlern des „Kreisauer Kreises". Auch sie suchten den „deutschen Weg". „Es gibt noch ein Drittes", entdeckte Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, „jenseits von Individualität und Kollektivität, das kein Kompromiß ist, sondern ein Höheres und anderes: die Person."

Die *„gemeinschaftsgebundene* Person" sollte den „Prozeß der Verpöbelung in allen Gesellschaftsschichten", den Pastor Dietrich Bonhoeffer und andere heftig beklagten, umkehren und die Masse „in eine vom christlichen Geiste getragene autoritäre Ordnung" einbinden, so der Diplomat Adam von Trott zu Solz.

Theodor Haubach, in der Weimarer Republik sozialdemokratischer Jugendführer und Mitbegründer der SPD-geführten Kampftruppe „Reichsbanner", sah die Masse der „Bindung und Zucht des Göttlichen" entronnen, „auf sich allein gestellt", sogar „zu Fratzen, Larven und Gespenstern entartet". Er forderte: „Unsere Bewegung muß begreifen lernen, daß Zeremonie, Befehl und straffe Führung keineswegs undemokratisch sind."

Auch Sozialdemokrat Julius Leber, der von einer solchen Massenhysterie nicht infiziert war, sondern nach wie vor auf die Arbeitermassen setzte, erkannte gleichwohl, daß es „mit den alten Formen der Parteiherrschaft nicht weiterging", die „Verhältnisse eine andere Form einfach erzwangen" – etwa ein Präsidialsystem mit starker Regierung und schwachem Parlament, wie es am Ende der Weimarer Republik anvisiert worden war.

„Volksbewegung" sollte den alten „Klassensozialismus" ablösen, philo-

* Vor dem Volksgerichthof.

sophierte der Pragmatiker Leber, und sein Parteifreund Carlo Mierendorff schwor: „Nie wieder soll das deutsche Volk sich im Parteienstreit verwirren." Gegen Mierendorffs Formulierung jedoch: „Die Volksbewegung bekennt sich zur deutschen Kultur und zur christlichen Vergangenheit des deutschen Volkes", verwahrte sich Leber entschieden. Er werde es „nicht zulassen, auf Kosten der gewünschten Einigkeit wichtige Grundsätze der alten Sozialdemokratie einfach über Bord gehen zu lassen".

Die Kreisauer hatten, resümierte Eugen Gerstenmaier (als er in Bonn schon Bundestagspräsident war), „nicht nur die Hitlersche Diktatur, sondern auch die Weimarer Demokratie hinter sich gelassen".

Offenbar immer noch unversöhnt mit dem Parteiensystem, mokierte sich der Ex-Kreisauer: Was die Kreisauer „über den munteren Betrieb in und zwischen unseren heutigen

**Goerdeler vor dem Volksgerichtshof 1944:** „Revolution der Greise"?

**Sozialdemokrat Leber**
„Weg frei in die eigene Macht"?

Parteien dächten, wage ich kaum anzudeuten". Die Wunschvorstellungen, unbestreitbar von hoher Moral und sittlicher Verantwortung geprägt, ebenso wie die Utopien, die sich zwangsläufig aus dem Bild von einem neuen Menschen ergaben – Helmuth James Graf von Moltke und Trott glaubten fest daran, daß nach dem Krieg und durch ihn endlich geläutert „Parteiungen und Entzweiungen" auf dem ganzen Erdball nur noch „sekundäre Bedeutung hätten" –, wurden von den Kreisauern nicht in dem Maße in politische Programme umgemünzt, wie das bei der Goerdeler-Gruppe der Fall war.

Der Kreis war ein Debattier-Klub höchst gescheiter und sensibler Persönlichkeiten, kein Stoßtrupp, und manchem ging die Abstraktion zu weit. Schulenburg monierte, man könne nicht „mit literarischen und theoretischen" Diskussionen allein Politik machen.

Gewaltsamen Umsturz und Tyrannenmord lehnten die meisten Kreisauer bis zuletzt ab. (Eine der Ausnahmen war der Theologe Gerstenmaier, der dann am 20. Juli 1944 bei den Verschwörern in der Bendlerstraße erschien, mit der Pistole in der Tasche, und meinte, wenn geputscht würde, müßte auch geschossen werden.) Das NS-Regime sollte sich selbst liquidieren und den militärischen Zusammenbruch allein verantworten.

„Wir haben nur gedacht", schrieb Moltke später aus dem Gestapo-Gefängnis an seine Frau: „Wir sind aus jeder praktischen Handlung raus, wir werden gehenkt, weil wir zusammen gedacht haben."

Den Kreisauern ging es mehr um die ethischen Grundlagen und die Philosophie des neuen Staates als um den letzten organisatorischen Schliff. Moltke definierte:

> Es ist nicht die Aufgabe des Staates, unbedingten Gehorsam und blinden Glauben an sich oder an etwas Anderes vom Menschen zu fordern; vielmehr ist es die Bestimmung des Staates, den Einzelmenschen dahin zu führen, daß er nach den Geboten der Vernunft lebt, diese Vernunft bei allen Dingen betätigt und ihn zugleich dahin zu leiten, daß er seine Kraft nicht in Haß, Ärger, Neid verschwendet oder sonst unrecht handelt. Die letzte Bestimmung des Staates ist es daher, Hüter der Freiheit des Einzelmenschen zu sein. Dann ist es ein gerechter Staat.

„Das Reich ist die oberste Führungsmacht des deutschen Volkes", hieß es in einer „Grundsatzerklärung" des Kreisauer Kreises vom Oktober 1942 – eine Festlegung, die keinesfalls unumstritten war. Denn schließlich sollten doch, wie im außenpolitischen Programm vorgesehen, die europäischen Nationalstaaten mit Ausnahme von Großbritannien und Rußland aufgelöst und in lauter „kleine nichtsouveräne Staatsgebilde" aufgeteilt werden. Fraglich erschien zunächst nur, ob „deutsche Volksteile grundsätzlich eigene Staaten bilden" oder ob sie gar „grundsätzlich mit anderen Volkstumsangehörigen zusammengefaßt" werden.

Bis es soweit war (wie es nie kommen würde), übernahm die Führung des Reichs ein Reichsverweser, auf zwölf Jahre gewählt, mächtig, aber nicht allmächtig wie nach Goerdelers Verfassungsplan.

Der Reichsverweser beruft – mit Zustimmung des Reichstags – den Reichskanzler. Er kann ihn aber auch – ohne Zustimmung des Reichstags – entlassen. Er ernennt die Reichsminister, dem Parlament nicht verantwortlich, und die Reichsbeamten.

Auch der Reichstag kann, mit qualifizierter Mehrheit, den Reichskanzler stürzen, muß sich aber sogleich auf einen neuen Regierungschef einigen (konstruktives Mißtrauen). Und der muß nach Lage der Dinge auch dem Reichsverweser recht sein. Er ist es mithin, der im Endeffekt allein bestimmt, wer wie lange regiert.

Neben dem Reichstag, der nicht direkt, sondern von den Landtagen gewählt wird, soll, ähnlich wie bei Goerdeler, ein Oberhaus eingerichtet werden, der Reichsrat. Darin haben die Honoratioren Sitz und Stimme: die Präsidenten des Reichstags und der Reichswirtschaftskammer, außerdem „Reichsräte", die der Reichsverweser für acht Jahre beruft.

Der Reichsrat schlägt dem Reichstag Kandidaten für den Reichsverweser vor. An der Gesetzgebung wirkt er jedoch, anders als bei Goerdeler, nicht mit.

Die politische Willensbildung soll sich „in Räumen, die für den Einzelnen überschaubar bleiben", vollziehen, wo jeder jeden kennt (und möglichst liebt). Die Länder sollen deshalb drei bis höchstens fünf Millionen Einwohner haben; Preußen, aber auch Bayern, würden aufgelöst.

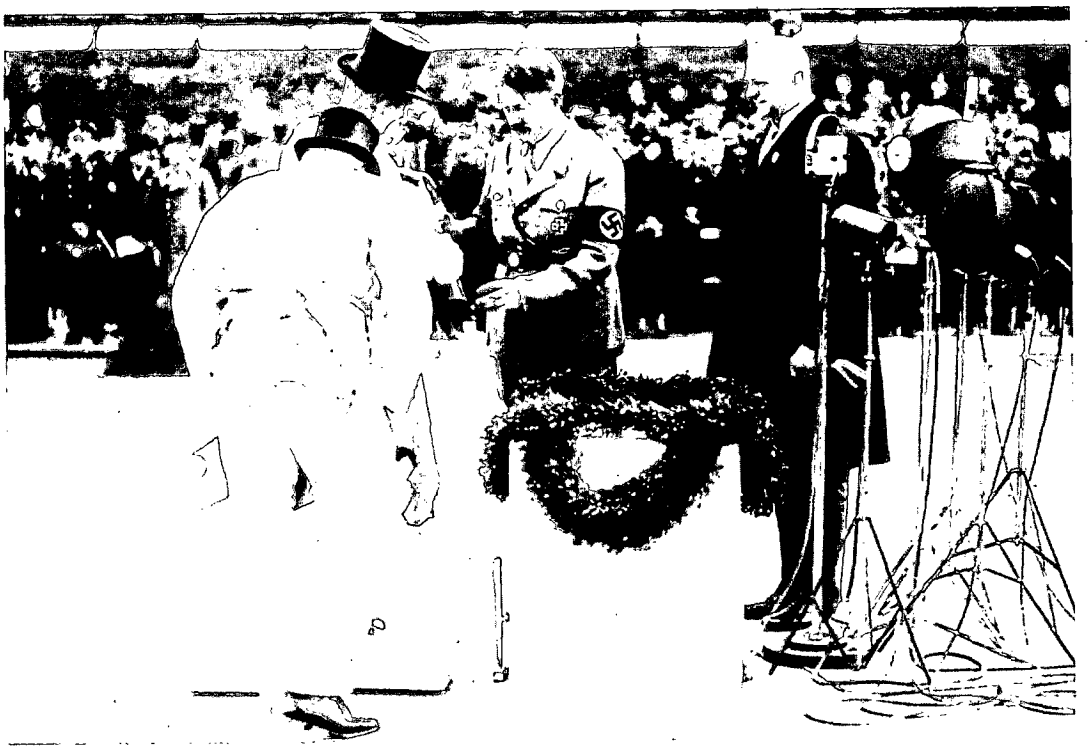
Der Landtag wird von den Kreisvertretungen gewählt. Für die Gemeinden sind demgegenüber (anders als bei Goerdeler) geheime, unmittelbare Wahlen zugelassen, Familienväter erhalten einen Bonus: für jedes nicht wahlberechtigte Kind eine zusätzliche Stimme. Frauen dürfen zwar wählen, aber nicht gewählt werden.

Ernsthafte Versuche, ihre Sofort- und Zukunftsprogramme aufeinander abzustimmen, haben Kreisauer Kreis und Goerdeler-Gruppe nicht unternommen, wohl gab es gelegentlich Diskussionen und Reibereien über einzelne Punkte. Die einen verdächtigen die anderen, zu reaktionär, die anderen die einen, zu links, „Salonbolschewisten" (Goerdeler), zu sein. Präzise lassen sich die unterschiedlichen Positionen wegen der dürftigen Quellenlage nicht kennzeichnen. Insbesondere ist es mangels schriftlicher Überlieferungen nahezu ausgeschlossen, Stauffenbergs politische Reflexionen und Ambitionen anders als vage zu umschreiben, etwa wie der Autor Eberhard Zeller:

> Stauffenberg fühlte sich ... als verantwortliche Kraft einer deutschen Erhebung. Er sah es nicht als oberstes Ziel, Hitler und seine Herrschaft zu Fall zu bringen, als vielmehr die außerordentliche und offenbar vom Schicksal so gewollte Erschütterung Deutschlands zu einem staatlichen Erneuerungsversuch zu benützen, der in ganz andere Lebensschichten reichen sollte als die „Revolutionen" von 1918 und 1933.

Die biographischen Arbeiten über Stauffenberg verstellen oft eher den Zugang, als daß sie ihn erhellten. Der Held wird verherrlicht, manchmal bis zur Unkenntlichkeit.

Oder entstellt. Der Widerständler Hans Bernd Gisevius, damals Vizekonsul und Abwehrmann am deutschen Generalkonsulat in Zürich, der sich nach dem Krieg in seinem Buch „Bis zum bitteren Ende" selbst ein Denkmal setzte, wußte angeblich von finsteren Plänen des Attentäters.



**Goerdeler (r.), Hitler 1934*:** „Diktatorische Durchsetzung der Vernunft"

Beleg war dem einstigen Kriminalisten der Stauffenberg-Ausspruch: „Wir beginnen dann eben eine große Fahrt, die wird ein rasendes Tempo annehmen ... Was dann alles wird, kann niemand wissen."

Die „große Fahrt" sollte ins „revolutionäre Blaue" führen, behauptet Gisevius. Das wiederum schließt er aus Ausführungen, die der Stauffenberg-Vertraute Trott im Januar 1943 gegenüber dem Residenten des US-Geheimdienstes in Bern, Allen W. Dulles, gemacht hat. Trott:

> Die Versuchung, sich dem Osten zuzuwenden, ist groß. Der Grund für die östliche Orientierung ist der Glaube an die Möglichkeit einer Verbrüderung des deutschen und des russischen Volkes ... Beide Völker haben mit der bürgerlichen Ideologie gebrochen ... beide wünschen eine radikale Lösung der sozialen Probleme ... Sobald das deutsche Heer zurückgeworfen ist und der russische Feldzug zu einem Stillstand kommt, ist auf beiden Seiten eine revolutionäre Situation denkbar. Eine Verbrüderung zwischen den Deutschen und den ins Land gebrachten ausländischen Arbeitern ist ebenfalls ein wichtiger Faktor.

Ob nicht Trott bloß Kommunistenängste, die im Widerstand grassierten, wiedergab oder ob er mit seiner Schreckensvision die Westmächte drängen wollte, mit Deutschland im Westen einen Waffenstillstand zu schließen, um Truppen gegen den Osten freizubekommen, wird von Gisevius nicht erörtert. Er erwähnt zwar absichtsvoll, Stauffenberg habe Trott anstelle von Hassell zum Außenminister vorgesehen. Ob aber Stauffenberg die Trott-Version gebilligt oder auch nur gekannt hatte, kümmert ihn nicht.

Gisevius übergeht auch, daß sich Stauffenberg von Trott eben nicht die „vorgefaßte Meinung" hatte ausreden lassen, daß „nach der gesamteuropäischen Kriegslage eine Verhandlungswilligkeit seitens der Briten und Amerikaner unbedingt vorhanden sein müsse", allerdings nicht „mit der jetzigen Regierung". Statt dessen bedient er sich des Kronzeugen Sebastian Haffner, der Phantastisches behauptete.

> Diese neue Regierung mit Leber als Kanzler** und Trott als Außenminister sollte den militärischen Aufstand in eine echte Revolution überleiten, Deutsche und Fremdarbeiter unter dem alten Schlachtruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" zusammenführen, die Regierungsgewalt in den besetzten Gebieten an die Widerstandsbewegung übergeben und die anrückenden Heere der Großen Drei mit einem Europa konfrontieren, das sich in einem revolutionären Flammenmeer zur Einheit schmiedete. Fürs erste war dies nichts weiter als eine Verschwörung, aber dahinter welch ein Traum! Der Mann, der ihn träumte und eine Elite seiner Altersgenossen mit ihm ansteckte, war Graf Stauffenberg.

Gisevius klittert noch eins drauf: „Genau diese *Planungen* waren es, die meine Freunde und mich in den Wochen vor dem Attentat mit so ernsten Sorgen erfüllten."

Richtig ist, daß Stauffenberg, Leber und Trott wünschten, die „Revolution

* Bei der Grundsteinlegung zum Richard-Wagner-Denkmal in Leipzig.

** Leber war nicht bereit, nach dem Umsturz das Amt zu übernehmen.

von oben", der Umsturz, würde durch eine „Revolution von unten", die Erhebung von Volk und Armee gegen Hitler, abgestützt – eine zentrale Frage, die sich den Verschwörern – „angesichts ihrer prinzipiellen . . . Ablehnung von Massendasein und Massenherrschaft" (Historiker Christoph Kleßmann) – zunächst gar nicht, dann beiläufig und kontrovers gestellt hat.

Leber wollte eine „umfassende Volksbewegung", auf der Grundlage „aller überlebenden und lebensfähigen sozialen und demokratischen Kräfte". Aber nie wäre es dem Sozialdemokraten oder dem Aristokraten Stauffenberg in den Sinn gekommen, eine kommunistisch-proletarische Revolution anzuzetteln.

Richtig ist auch, daß sich Stauffenberg seit 1943 nicht mehr mit dem militärischen Part des Umsturzes begnügte, sondern ebenso über den künftigen Staat und die Personen an der Spitze nachdenken und mitreden wollte – ein Anspruch, den Goerdeler anfangs erbost mit dem Hinweis auf die Arbeitsteilung zwischen Offizieren und Zivilisten zurückwies: Die Militärs haben in der Politik nichts zu suchen.

Richtig ist ferner, daß der Attentäter zunehmend dem politischen Urteil des Arbeiterführers Leber vertraute und dessen Vorstellungen unterstützte. Als Leber am 5. Juli 1944 nach konspirativen Kontakten mit kommunistischen Widerstandskämpfern von der Gestapo verhaftet wurde, reagierte Stauffenberg: „Wir brauchen Leber, ich hole ihn raus."

Hatte Stauffenberg beispielsweise der Wehrmacht im neuen Staat zunächst noch eine Extrarolle reservieren wollen – sie sei schließlich die „konservativste Einrichtung, die gleichzeitig im Volk verwurzelt ist" –, so korrigierte er sich später. „Bloße" Militärs könnten „die sozialen Lösungen nicht leisten", oft bemerkten sie gar nicht, „daß sie nur die Reste überkommener Sozialordnungen vernutzten und davon leben".

Stauffenberg hat sich gewiß nach links geöffnet, wie weit, steht dahin. Vielleicht auch aus taktischem Kalkül, um, wie der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Hermann Maaß vermutete, „die Interessen des Adels auch bei einem Regime der Gewerkschaften" wahrzunehmen. „Gewisse gesellschaftliche Neuordnung" habe Stauffenberg, so Maaß, „für notwendig gehalten, doch habe er gewünscht, daß die überkommenen Güter nicht einfach über Bord geworfen würden und daß man die geschichtlichen Leistungen des Adels berücksichtigen solle."

Leber war Stauffenbergs Kanzlerkandidat, doch der Sozialdemokrat lehnte den Posten ab, wie vor ihm schon der Gewerkschafter Leuschner. Beide wollten vermeiden, daß die Sozialdemokratie – wie 1918 – mit der Liquidierung des Krieges belastet würde.

„Wir haben Hitler nicht in den Sattel gehoben und auch diesen Krieg . . . nicht angefangen", entschied Leuschner kategorisch: „Wir werden uns auch nicht, um Hitler zu beseitigen und den Krieg zu beenden, in irgendwelche Abenteuer stürzen, bei denen wir obendrein noch damit rechnen müssen, daß die Generale auf die Arbeiter schießen lassen, wenn wir sie zum Generalstreik aufrufen."

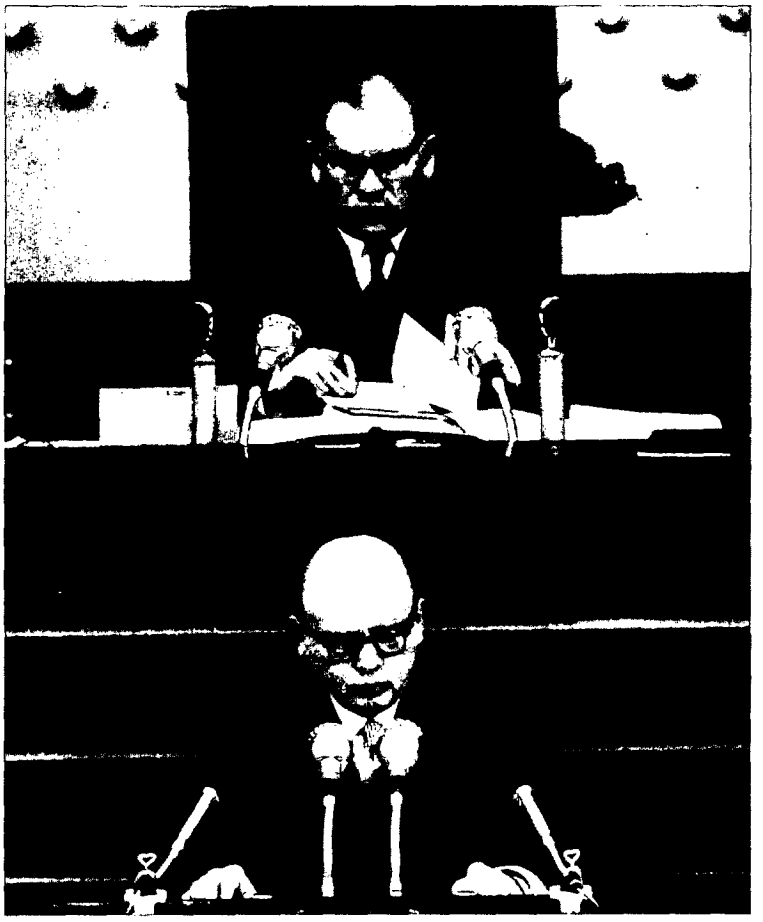
Eine Regierung Beck/Goerdeler war Stauffenberg zu reaktionär; er wollte keine „Revolution der Greise". Goerdeler sei als Kanzler, urteilte der Stauffenberg-Vertraute Peter Graf Yorck von Wartenburg, zu alt und zu konservativ. Goerdeler wiederum kritisierte Stauffenbergs angeblich „unklaren politischen Kurs mit Anlehnung an Linkssozialisten und Kommunisten".

**Bormann, Göring in der zerstörten Lagebaracke 1944:** „Was wird, kann niemand wissen"

Die Sozialdemokraten Leuschner und Leber sahen in der Goerdeler-Regierung, der sie selbst angehören sollten – Leuschner als Vizekanzler, Leber als Innenminister – nur eine Übergangsregierung, ein „Mittel zum Zweck". Das „Abwirtschaften der Reaktion" müsse abgewartet werden, um dann „den Weg in die eigene Macht freizubekommen". Das „Schicksal dieser reaktionären Regierung" werde „in wenigen Wochen besiegelt sein", prophezeite Leuschner, weil „sie keine genügende Grundlage im Volke habe, und daß dann die Arbeiterbewegung folgen müßte".

Zielstrebig bereiteten die Gewerkschafter die Gründung einer deutschen Einheitsgewerkschaft – mit Zwangsmitgliedschaft für alle Arbeitnehmer über 18 Jahre – vor, der auch Goerdeler seinen Segen gab. Er sah darin eine „organische Fortsetzung der ebenfalls allumfassenden Arbeitsfront" der Nationalsozialisten. Als Führer der neuen Gewerkschaft, die die Zersplitterung aus Weimarer Zeiten überwinden sollte, waren neben Leuschner als Vorsitzendem der christliche Gewerkschafter Jakob Kaiser (später Bonner Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen) und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband vorgesehen.

Der Bund sollte die Sozialversicherung in eigene Regie nehmen, was im Hinblick auf mögliche Massen-Arbeitslosigkeit nicht unumstritten war, die Arbeitsvermittlung verwalten, in den Vorständen der großen Kapitalgesellschaften (mit mehr als 50 Millionen Reichsmark Kapital), in Industrie-, Handels- und Landwirtschaftskammern sowie, paritätisch mit den Wirtschaftsverbänden, im Reichsständehaus vertreten sein. Bei Goerdelers wie auch Stauffenbergs Sinneswandel in der Gewerk-



**Bundestagspräsident Gerstenmaier (o.) 1954:** „Alte Formen beschert"

schaftsfrage mag die Sorge um kommunistischen Einfluß und revolutionäre Stimmung in der Arbeiterschaft eine Rolle gespielt haben. Andererseits hatte Goerdeler schon 1932, in einer Denkschrift für Reichspräsident Paul von Hindenburg, die „Einschaltung der Arbeiter in das Staatsleben" als „Folgerung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung" bezeichnet. Nun hoffte er, folgerte die Gestapo aus Goerdelers Aussagen, den „gesamten Block der Arbeiterschaft . . . als Aktivum der neuen Staatsführung" verbuchen zu können".

Genau so sah es auch der Kreisauer Moltke. „Um gegenüber der Arbeiterschaft und ihrer kommunistischen Tendenz nicht von vornherein in aussichtsloser Lage zu sein", müßte die neue Regierung „innenpolitsch mit einem sehr starken linken Flügel operieren und sich mit Nachdruck auf sozialdemokratische und Gewerkschaftskreise stützen".

Nach zahlreichen Vernehmungen von Verschwörern faßte die Gestapo zusammen: „Als völlig neue Nuance der Putschpläne stellt sich heraus, daß die illegale SPD und die Gewerkschaften über Goerdeler hinweg selbst zur Macht gelangen wollten."

Jedenfalls „liefen die Vorgänge" im Frühsommer 1944, unmittelbar vor dem Stauffenberg-Attentat, „auf ein grundsätzliches Revirement hinaus" (Mommsen). Goerdeler klagte schon: „Man sucht mich auszuschalten, man unterrichtet mich nicht mehr." Und Stauffenberg war ohnedies der Ansicht, daß „mit einer vorausgeplanten Stellenbesetzung nichts Bindendes zu erreichen sei und daß in der angebrochenen Entscheidung noch andere lebendige Kräfte zur Auswirkung drängten".

„Was dann alles wird, kann niemand wissen", sagte Stauffenberg: „Es kommt darauf an, daß dann die richtigen Persönlichkeiten von Können und Charakter an der richtigen Stelle stehen."

Bald darauf, am 20. Juli 1944, explodierte im Führerhauptquartier „Wolfschanze" die Bombe. Hitler überlebte. Der Staatsstreich verpuffte.

Doch was wäre geschehen, wenn Hitler getötet, der Umsturz gelungen wäre? – bestenfalls:

*Der Nachfolger, Reichsmarschall Göring, neuer Führer, Reichspräsident, Reichskanzler und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, verlor die Nerven und nahm Gift. Reichsführer SS Himmler wurde nach kurzem Handgemenge von mitverschworenen Offizieren festgenommen. Reichsleiter Bormann gelang die Flucht.*

*Planmäßig und ohne Verzug gingen die Fernschreiben der Verschwörer an die Befehlshaber in den Wehrkreisen: „Der Führer ist tot", lautete der erste Satz des ersten Befehls.*

*Als der Attentäter Stauffenberg gegen 16.30 Uhr in der Benderstraße eintraf, besetzten Soldaten der Putschisten schon wichtige Gebäude, Sendeanlagen und Plätze. Reichspropagandaminister Goebbels wurde von einem Stoßtrupp des Wachbataillons „Großdeutschland" in seiner Berliner Wohnung überwältigt.*

*Nach anfänglicher Verwirrung unterstellten sich die Verbände von Heer, Marine und Luftwaffe dem neuen Oberbefehlshaber von Witzleben. Die Waffen-SS wurde überrumpelt; es fiel nicht ein Schuß. Die Gauleiter, höheren SS- und Polizeiführer wurden verhaftet.*

*Noch am Abend des 20. Juli 1944 hielt Goerdeler über alle Reichs- und Soldatensender seine seit langem vorbereitete Rede:*

> Ihr wißt seit heute, worum es geht, was unsere Beweggründe und unsere Absichten sind. Das Recht äußerster Notwehr und die Pflicht der Selbsterhaltung zeichnen uns und euch den Weg vor . . . Das Gebäude des Staates, das auf Unrecht, Willkür, Verbrechen aller Art, Eigennutz, Lüge aufgebaut wurde, wird niedergerissen werden. Das Fundament des neuen Staatsbaues werden die sicheren Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens bilden, werden Recht und Gerechtigkeit, Wahrhaftigkeit, Anstand, Sauberkeit, Vernunft, Rücksicht aufeinander und Rücksicht auch auf die von Gott geschaffenen Völker und ihre Lebensinteressen sein . . .

*Die Bevölkerung blieb ruhig. Hakenkreuzfahnen wurden eingeholt, Führer-Bilder von den Wänden genommen, in einigen Fenstern brannten Kerzen. Nur gelegentlich wurde, wie 1918, vom „Dolchstoß" in den Rücken der kämpfenden Front gemunkelt und auch von gemeinem Meuchelmord an Hitler. Viele Menschen gingen zum ersten Mal wieder in die Kirche.*

Denkbar wäre noch so manches gewesen – aber: Das andere Deutschland wäre so oder so ganz anders geworden, als es die Verschwörer – großdeutsch und wieder richtig deutsch – ersehnt und konzipiert hatten.

Die Kriegsgegner hielten unbeirrt an ihren Kriegszielen fest: bedingungslose Kapitulation, vollständige Besetzung des Reiches, Unterstellung unter alliiertes Militärregime.

So kam es ohne Umsturz, wie es im großen und ganzen mit Umsturz auch gekommen wäre. Das andere Deutschland wurde im Westen wie im Osten nach dem Abbild der Sieger geschaffen.

Und noch nach einem Jahrzehnt beklagte der Kreisauer Eugen Gerstenmaier, daß „uns die alten Formen . . . im Herbst 1945 von den Besatzungsmächten neu beschert" wurden.

Demokratie und Parlamentarismus, wenigstens im Westen.

**Ende**